THORSTEN FREI.

# FreiBrief aus Berlin

Februar 2017

**Sehr geehrte Damen und Herren,**

nach der Amtseinsetzung von Donald Trump und den damit verbundenen Diskussionen um die künftige Außenpolitik des neuen US-Präsidenten sowie insbesondere den Folgen für die transatlantischen Partnerschaft und den Welthandel, war vor allem die Sturzgeburt der SPD, Martin Schulz als ihren Spitzenkandidaten zu benennen, Thema in Berlin. Für uns ändert sich dadurch nichts! Zunächst einmal werden wir weiter vernünftig regieren, was die Menschen völlig zurecht erwarten. Der Wahlkampf findet im Sommer statt. Am 24. September ist es dann unser Ziel, ein so starkes Ergebnis einzufahren, dass gegen uns nicht regiert werden kann.

In der letzten Woche hat die Messe für Ernährung und Landwirtschaft, die „Internationale Grüne Woche“, in Berlin stattgefunden. Für unsere Fraktion hat die Landwirtschaft eine enorme Bedeutung. Viele Landwirtschaftsbetriebe stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Die Zahl der Höfe sinkt weiter. Wir wollen den Strukturwandel der Landwirtschaft aktiv begleiten, wie etwa mit Steuervergünstigungen und mit Zuschüssen für die Unfallversicherung. Dadurch wird den Landwirten in unserer Region geholfen. Und dadurch profitieren auch wir Verbraucher.

Herzlichst

Th. Frei

**Worauf es für Deutschland 2017 ankommt**

*Unsicherheit im transatlantischen Verhältnis*

Schon heute ist klar, dass 2017 für uns alle höchst fordernd und entscheidend sein wird. Zunächst wird dies deutlich durch die Inaugurationsrede des neuen US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump und die mögliche politische Neuausrichtung der USA. Seine Widersprüchlichkeiten rissen auch nach der Amtseinführung und den ersten Tagen seiner Präsidentschaft nicht ab. Somit wird die Phase der Unsicherheit für uns in Europa noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Klar erscheinen aber zwei Dinge. Donald Trump verfolgt unter dem Motto „America first" einen primär auf innenpolitische Prioritäten gerichteten Kurs, der sich vor allem durch protektionistische Ankündigungen auch auf unsere Wirtschaft auswirken könnte. Ich bin überzeugt, dass dieser neue Protektionismus gefährlich ist und den USA mehr schaden wird als nutzen. Deutschland und Europa dürfen diesem Trend nicht folgen. Vielmehr müssen wir bestrebt sein, mögliche Einbußen durch die Erschließung neuer Märkte und Partner auszugleichen.

*Mehr europäische Verantwortung als Chance begreifen*

Zu begrüßen ist das in Trumps Antrittsrede angedeutete und durch seinen neuen Verteidigungsminister James Mattis bekräftigte Bekenntnis zur transatlantischen Partnerschaft. Aber auch hier wird es nicht weitergehen wie bisher. Auch Deutschland wird innerhalb der NATO und insbesondere in der europäischen Nachbarschaft stärker gefordert sein. Für uns bedeutet das in erster Linie, dass wir unseren finanziellen Verpflichtungen nachkommen müssen. Mit einem Wehretat in Höhe von 1,2 % des Bruttoinlandsproduktes liegen wir im Moment meilenweit von unserer 2-Prozent-Zusage entfernt. Allerdings sehe ich in einer Stärkung der Sicherheitsarchitektur in Bezug auf die Wahrung unserer deutschen und europäischen Interessen vor allem auch eine Chance.

*Brexit-Verhandlungen zur Neuordnung der Rechtsbeziehungen in der EU nutzen*

Von großer Tragweite wird ebenso die Abwicklung des Brexit sein. Noch hat die britische Regierung kein offizielles Austrittsgesuch gemäß Art 50 der Europäischen Verträge gestellt. Viele Verfahrensfragen sind offen und mögliche Auswirkungen diesseits und jenseits des Ärmelkanals sind derzeit nicht ehrlich abzuschätzen. Dennoch ist ganz klar, dass Deutschland mit Großbritannien einen der stärksten und wichtigsten Verbündeten in der EU verlieren wird. Aber auch hier könnten sich neue Chancen eröffnen, wenn man bedenkt, dass der Austritt auch mit Veränderungen im Primärrecht einhergehen wird. Dies ist allein schon deshalb notwendig, da die Finanzbeziehungen durch den Wegfall Großbritanniens neu geordnet werden müssen. Hier müssen wir als größter Netto-Zahler unseren Interessen klar Geltung verschaffen.

*100 Prozent für die Sicherheit in Deutschland*

Aber auch in Deutschland stehen wir vor wichtigen Entscheidungen. Das Attentat von Berlin hat uns auf einen Schlag vor Augen geführt, wie verletzlich unser Land ist. Wir werden als Gesellschaft noch enger zusammen- und füreinander einstehen müssen. Und wir als CDU werden alles Notwendige unternehmen, um für ein Höchstmaß an Sicherheit zu sorgen. Ich begrüße ausdrücklich, dass die SPD zu Beginn des Jahres endlich unseren lange auf dem Tisch liegenden Vorschlägen zugestimmt hat. Die elektronische Fußfessel soll kommen – nicht nur für verurteilte Extremisten, sondern endlich auch für Gefährder. Die Präventiv- oder Ausreisehaft wird im Falle von Gefahr im Verzuge bei Terrorverdacht auf 10 Tage ausgedehnt werden. Bei der Abschiebehaft, die heute schon bis zu 18 Monate angeordnet werden kann, soll ein bisher wesentlicher Hinderungsgrund ausgeräumt werden. Künftig soll nicht mehr gelten, dass die Ausreise innerhalb von 3 Monaten bevorstehen muss. Damit schaffen wir endlich die rechtlichen Voraussetzungen, um Terroristen besser habhaft zu werden. Diese rechtlichen Änderungen sind die logische Konsequenz, damit die von uns zugesagten zusätzlichen 7.500 Stellen bei der Bundespolizei sowie 1.300 Stellen beim BKA und die

knapp 2 Mrd. Euro zusätzlich bis 2020 wirksam die Sicherheit erhöhen können.

*Teilhabe der Leistungsträger durch Entlastungen*

Im Gegensatz dazu können wir uns über einen satten Haushaltsüberschuss der Jahre 2015 und 2016 freuen. Insgesamt haben wir trotz klarer Investitionsschwerpunkte ein Plus von 18 Mrd. EUR erwirtschaftet. Für mich liegt es auf der Hand, dass wir die verfügbaren Mittel gleichermaßen für die Tilgung von Schulden, Investitionen in die Infrastruktur und Zukunftstechnologien, aber auch für die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, die diesen Überschuss durch ihre Arbeit überhaupt erst ermöglicht haben, aufwenden sollten. Wolfgang Schäuble hat bereits einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet. Alles andere wäre unredlich und unfair – gerade den nachfolgenden Generationen gegenüber.

**Eine starke NATO ist der Garant für Sicherheit und Wohlstand in Deutschland**

Im Deutschen Bundestag wurden in der ersten Sitzungswoche des neuen Jahres auf Verlangen der Linken-Fraktion die Auswirkungen der US-Truppenbewegungen durch Deutschland im Rahmen der NATO-Übung “Atlantic Resolve” debattiert. In meiner Rede stellte ich zunächst fest, dass die Linke - wie so oft - bei der Bewertung der Sicherheitslage in Europa völlig schief läge. Zunächst einmal erinnerte ich daran, dass es Deutschland entgegen aller Schwarzmalerei der Linken so gut gehe wie nie zuvor. Europa und Deutschland durchleben eine Phase der Sicherheit und Stabilität. Ganz wesentlich dafür seien die Freundschaft und Partnerschaft mit Amerika und die Rückversicherung innerhalb der NATO. Folglich unterstrich ich unmissverständlich, dass man vieles sagen könne, aber nicht dass die NATO obsolet sei. Sie ist für uns wichtiger denn je. Deshalb ist es richtig, dass wir uns in Litauen engagieren und dass 4.200 US-Soldaten in Polen und den anderen baltischen Staaten eingesetzt werden. Wir müssen uns füreinander stark machen. “Atlantic Resolve” und die Rückversicherung im Bündnis sind leider nicht erst seit 2014 und der Ukraine-Krise notwendig. Schon seit längerem gehen von Russland militärische Gewalt und Gefahr aus. Moskau legt mehr und mehr die Axt an das Sicherheitsgefüge in Europa. Das Säbelrasseln Russlands ist allgegenwärtig, genau wie die Provokationen an den NATO-Außengrenzen. In Richtung der Linksfraktion stellte ich noch einmal klar, dass bevor US-Soldaten in Bremen überhaupt angekommen sind, Russland bereits 3 Divisionen mit 30.000 Soldaten an der russischen Westgrenze stationiert habe. Die Linke sollte meiner Ansicht nach in der Sicherheitspolitik nicht Ursache und Wirkung verwechseln. Schließlich hat Präsident Putin bereits 2010 einen Rüstungswettlauf bis 2020 in Höhe von 500 Mrd. Euro zusätzlich zum ohnehin mehr als 5,4 % des BIP umfassenden Militäretat angekündigt. Im Ergebnis steht für mich fest, dass Deutschland und Europa mit Blick auf Russland und dessen Entwicklung in den vergangenen Jahren eine klare Haltung und eine starke Position benötigen. Wir brauchen ein Konzept der Stärke, um nach Putins Rational die Voraussetzung für Gespräche auf Augenhöhe zu bieten. Dafür ist die NATO auch in Zukunft unerlässlich für uns.

**Schüler diskutieren mit Thorsten Frei aktuelle politische Themen im Reichstag**

Kurz vor Beginn der heißen Phase des Schullebens besuchte mich eine Klasse von Abiturienten des Schwenninger Gymnasiums am Deutenberg Ende Januar im Berliner Reichstag, um sich unter politischen und gesellschaftlichen Gesichtspunkten gut auf die Prüfungen vorzubereiten. Von Klassenlehrer Simon Heizmann gut vorbereitet, fackelten die Gäste aus der Doppelstadt nicht lange und begannen sofort damit, mich mit zahlreichen fundierten Fragen zu löchern. In Bezug auf die Wahrnehmung der Schüler, dass CDU und CSU nicht nur in Flüchtlingsfragen gespalten scheinen, erklärte ich ihnen das Wesen von Volksparteien, die verschiedene Flügel besitzen. Debatten sind

in der Union vorprogrammiert. Sie sind schließlich auch der Wesenskern unserer Demokratie. Im Übrigen bin ich überzeugt, dass durch diese lebendige Diskussion gerade erst ausgewogene Lösungen ermöglicht werden, die die Interessen breiter Teile der Bevölkerung berücksichtigen." Andere Fragen zielten auf die Informationsquellen von Bundestagsabgeordneten, die Bedeutung von Abgeordneten in großen Koalitionen, den Einfluss der Länder auf Bundesgesetze über den Bundesrat sowie Wunschkoalitionen nach der Wahl im September.

Unmittelbar im Anschluss daran traf ich den Gemeinschaftskundekurs der elften Klassen der Zinzendorfschulen Königsfeld, der sich im gleichen Zeitraum in unserer Bundeshauptstadt aufhielt. Mit Blick auf den kommenden Herbst und die Bundestagswahl interessierten sich die Königsfelder Schüler, die diesmal noch nicht in das Wahlgeschehen eingreifen können, für meine persönliche Strategie und das zeitliche Programm meines Wahlkampfes, für meine Prognose für den Wahlkreis Schwarzwald-Baar/Oberes Kinzigtal und das Land insgesamt sowie für einen möglichen Plan B. Darüber hinaus erklärte ich meinen Gästen aus Königsfeld die Finanzierungsmöglichkeiten von Wahlkämpfen in Deutschland, die Unterschiede zwischen Listen- und Direktkandidaten sowie die Aufstellung und Bedeutung der Landesliste für die Parteien. Am Ende musste ich auf Nachfrage auch noch Auskunft geben, ob ich die vor zwei Wochen beim Klassenbesuch in Königsfeld ausgehändigte Kursklausur lösen konnte. Ich sagte den Schülern, dass es stofflich ganz gut machbar war. Allerdings attestierte ich ihnen auch, dass ihr Unterrichtsstoff sehr fordernd sei und sie mit der Qualität ihrer Ausbildung ein gutes Rüstzeug für ihre persönliche Zukunft in Händen hielten.

**Saudischer Botschafter erklärt die Lage im Nahen und Mittleren Osten aus arabischer Sicht**

Kürzlich war ich zu Gast beim Botschafter des Königreichs Saudi Arabien, S.E. Dr. Awwad Alawwad, zu einem gegenseitigen Kennenlernen in dessen Berliner Residenz. Bei diesem Gedankenaustausch spielte die Lage in Syrien ebenso eine Rolle wie der Bürgerkrieg im Jemen, der in den hiesigen Medien weniger ein Rolle spielt, in den Saudi Arabien mit seinen Verbündeten aktiv aus Eigeninteresse eingeschritten ist und Partei ergriffen hat. Daneben diskutierten wir auch den Zustand der Europäischen Union und mögliche Auswirkungen der Präsidentschaft Donald Trumps auf das Sicherheitsgefüge des Nahen und Mittleren Ostens. Mich interessierten vor allem die Pläne Saudi Arabiens, in Zeiten stark gefallener Ölpreise eine Diversifizierung der Wirtschaft hin zu mehr Unabhängigkeit vom Öl zu erreichen. Nach dem sehr offenen und freundlichen Gespräch war für mich klar, dass Saudi Arabien in Bezug auf Themen wie Menschenrechtsverletzungen und Religionsfreiheit sicherlich kein einfacher Partner sei, aber aufgrund der schwierigen und fragilen Machtbalance in der Region als Partner für regional getragene Lösungen unverzichtbar ist.

**Johannes-Brenz-Heim Wolfach zeichnet Weg zur Pflege der Zukunft**

Bei der Vorstellung eines Modellprojektes zur Gesundheitsförderung in der stationären Pflege informierte ich mich gemeinsam mit Kordula Kovac MdB

im Johannes-Brenz-Heim in Wolfach über die konkret ergriffenen Maßnahmen der Einrichtung, die die Zukunft der Pflege im Haus schon heute greifbar werden lassen, und erläuterte im Gespräch meine Vorstellungen für ein nachhaltiges, ganzheitliches Konzept im Pflegebereich. Mit Blick auf den demografischen Wandel bedarf es der Verdopplung des Personalbedarfs bis 2050 im Vergleich zu heute sowie einer langfristigen, engmaschigen Verknüpfung verschiedenster Angebote aus den Bereichen Gesundheitsförderung, Prävention und Pflege, von denen zukünftig Bewohner, Angehörige und Mitarbeiter gleichermaßen profitieren sollen. Das vorgestellte Modellprojekt vereint optimal den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff des zweiten Pflegestärkungsgesetzes und die Chancen des Präventionsgesetzes. Als Leuchtturm für eine verbesserte gesundheitsfördernde Pflege in Deutschland geht das obere Kinzigtal beispielgebend voran und andere Einrichtungen im gesamten Bundesgebiet profitieren von den Erkenntnissen der hier erprobten Pflege der Zukunft. Mein Dank gilt den beteiligten Akteuren für ihre Vision zum vorgestellten Modellprojekt, denn die Bewohner erlangen mehr Selbstbestimmtheit, Selbstständigkeit und mehr Teilhabe. Die Mitarbeiter werden entlastet und sind zugleich motivierter. Und die Angehörigen werden direkt in die Maßnahmen eingebunden und gewinnen so einen unmittelbar wirksamen Kompetenzzuwachs. Eine echte Win-Win-Win-Situation.

**Gespräch zur Milchmarktkrise auf dem Längetalhof Dauchingen**

Die schwierige finanzielle Lage der Milchviehhalter im Wahlkreis war Thema eines intensiven Gesprächs auf dem Längetalhof von Andreas Schleicher, Teamleiter des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter (BDM) im Schwarzwald-Baar-Kreis und stellvertretender Landesvorsitzender, in Dauchingen. Wir diskutierten die aktuellen Entwicklungen am Milchmarkt mit dem Ziel einer effizienteren politischen Begleitung der Milcherzeuger hier im Wahlkreis und ich machte deutlich, dass der aktuelle Anstieg des Milchpreises durch die finanziell geförderte Mengenreduzierung nur der Anfang grundsätzlicher Strukturveränderungen sein kann. Permanent im Notfallmodus zu fahren, macht auf Dauer keinen Sinn und wird vor allem den Erzeugern nicht gerecht. Das entstandene Überangebot an Milch auf dem freien Markt ist direkt auf das Ende der Milchquote 2015 und dem damit einhergehenden massiven Preisverfall zurückzuführen und braucht deshalb Leitplanken. Mit Blick auf den deutlichen Rückgang der Zahl der Milchviehhalter um 4,6% allein im letzten Jahr ist das freiwillige Mengenreduzierungsprogramm der EU ein erster Schritt, um die Fehlentwicklungen zu korrigieren und den Milchviehhaltern eine Zukunftsperspektive zu geben. Der Vorschlag des BDM zur Installierung eines Marktkrisenmanagements-Konzepts mit dem Ziel einer frühzeitigen Anpassung des EU-Milchangebots an die reale Nachfrage geht dagegen aktiv die Ursache der Krise an und mildert nicht nur die Folgen bei den Milchbauern vor Ort ab. Umso wichtiger sind die beschlossenen deutschen Staatshilfen in Höhe von 581 Millionen € zugunsten der gesamten Landwirtschaft, die für die Jahre 2016 und 2017 durch Steuer- und Beitragsentlastungen bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherung, Liquiditätshilfen und einem Bürgschaftsprogramm zur Existenzsicherung der deutschen Bauernfamilien beitragen.

**Referentenentwurf sichert Apotheken in Schwenningen und Oberwolfach**

Um einen fundierten Einblick hinter die Kulissen einer Apotheke zu bekommen, die eine flächendeckende, wohnortnahe Versorgung mit Medikamenten sichert, suchte ich das Gespräch mit dem Apothekerehepaar Kröger der Linden-Apotheke Oberwolfach und diskutierte den kürzlich vorgestellten Referentenentwurf zum Verbot des Versandhandels rezeptpflichtiger

Medikamente im Rahmen eines Besuchs von Heldmann's Apotheke im City-Rondell Schwenningen. Mit Blick auf die zunehmende Zahl mobilitätseingeschränkter, chronisch oder schwer Kranker sind wir auf wohnortnahe Medikamentenversorgung und langfristige Beratung sowie auf die menschliche Komponente bei der Medikamentenabgabe angewiesen. Deshalb ist mir der Erhalt der bewährten, flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung durch Ärzte und Apotheken gerade auch im ländlichen Raum enorm wichtig. Apotheken verkaufen nicht nur Medikamente, sie sind Dienstleister, Ratgeber und üben einen Heilberuf aus, der den Menschen Sicherheit und Lebensqualität bietet. Durch einen möglichen über den Versandhandel ausgeübten Preiswettkampfes besteht die Gefahr einer Ausdünnung des bestehenden Netzes öffentlicher Apotheken, das auch in den Stadtzentren meines Wahlkreises bislang uneingeschränkt die Arzneimittelversorgung vor Ort mit einer persönlichen Beratung rund um die Uhr sicherstellte. Deshalb sehe ich nach der EuGH-Entscheidung noch in dieser Legislaturperiode Handlungsbedarf. Wichtige Punkte des kürzlich vorgestellten Gesetzentwurfs aus dem Bundesgesundheitsministerium sind dabei, dass für die Abgabe verschrei-bungspflichtiger Arzneimittel an Patientinnen und Patienten in Deutschland wieder uneinge-schränkt der einheitliche Apothekenabgabepreis und die darauf aufbauenden Zuzahlungsre-gelungen gelten. Das Sachleistungsprinzip und das solidarisch finanzierte System der Gesund-heitsversorgung werden gewahrt und die Steuerungsfunktion der sozialversicherungsrechtli-chen Zuzahlungsregelungen bleibt in diesem Rahmen erhalten. Eine klare Positionierung des CDU-Bundesgesundheitsministers zugunsten der Aufrechterhaltung einer qualitätsgesicherten Arzneimittelversorgung. Nicht nachvollziehbar sind für mich die Vorstöße aus vorderster Front unseres Koalitionspartners SPD, die nicht nur aktiv die Entscheidung des Bundesrates im November, sondern auch die Entscheidung der 21 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die in ihrem nationalen Recht ein Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Humanarzneimitteln verankert haben, in Frage stellen. Wir müssen noch vor dem Sommer 2017 die für die Menschen elementare Sicherung ihrer medizinischen und medikamentösen Versorgung mit diesem Verbot des Versandhandels verschreibungspflichtiger Medikamente langfristig gewährleisten.

**Besuch der Unicef-Projektgruppe an der Werkrealschule am Deutenberg in Villingen-Schwenningen**

"Fair Trade" ist nicht nur eine Marke, sondern steht für einen weltweit fairen und gleichzeitig wünschenswerten Handel mit einer ganzen Palette an Produkten, die Menschen in den Entwicklungsländern aus extremer Armut befreit. Der Unterschied zu anderen Systemen sind der sogenannte faire Preis und die Vorfinanzierung. Wie diese entstehen und wie sie in der Gesellschaft angenommen werden, erläuterten mir Schülerinnen und Schüler der Klasse 6b der Werkrealschule am Deutenberg in Villingen-Schwenningen. Mit einer Steigerung um 11% zum Vorjahr und einem Gesamtumsatz von 1,139 Milliarden Euro war 2015 ein Rekordhoch im Fairen Handel. Auch den nationalen wie internationalen Kinderrechten widmete sich die UNICEF-Projektgruppe am Deutenberg unter der Leitung von Carmen Limberger. Bis heute fehlen jedem zweiten der rund 2,2 Milliarden Kinder auf der Erde grundlegende Mittel zum Überleben und für ihre Entwicklung wie ausreichende Nahrung, sauberes Wasser, medizinische Hilfe, eine gute Schulbildung und ein Dach über dem Kopf. Im Jahr 2011 starben weltweit 6,9 Millionen Kinder vor ihrem fünften Geburtstag. Ich bin froh, dass wir deshalb die Mittel der Entwicklungspolitik in den letzten Jahren stetig erhöht haben. Nur so kann Deutschland Kindern in Not helfen, bspw. beim Zugang zu sauberem Trinkwasser, zu medizinischen Angeboten oder zur Bildung.

**Freiwillige Rückkehr mit Mehrwert**

Eine ganz besondere, vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geförderte, richtungsweisende Orientierungsmaßnahme für Flüchtlinge mit geringer oder fehlender Bleibeperspektive besuchte ich in Donaueschingen. Im Rahmen eines zweistufigen Pilotprojektes kooperieren zahlreiche Akteure vor Ort um nach einer fundierten Evaluation der Berufskompetenzen der Flüchtlinge - unabhängig von ihrer Bleibeperspektive - insgesamt 32 Flüchtlingen mit geringer bzw. fehlender Bleibeperspektive der Erstaufnahmeeinrichtungen in Donaueschingen, Villingen und Freiburg eine sinnhafte Beschäftigung zu bieten. Durch berufsorientierende Module lernen sie die unterschiedlichen Arbeitsfelder in den Bereichen Holz-, Fliesen-, Trocken-, Gipskarton-, Wege- und Dachbau kennen. Wir müssen den Flüchtlingen die Aufnahme einer unentgeltlichen Beschäftigung ermöglichen, um ihnen durch Qualifizierung und Erhalt eines Zertifikats Perspektiven für die Rückkehr in ihre Heimat zu geben. Dieses nach vier Wochen erteilte Zertifikat erhöht die Chancen der Teilnehmer, von Re-Integrationsmaßnahmen im jeweiligen Heimatland zu profitieren. Ganz klar ist aber auch, dass dieses Pilotprojekt keinesfalls eine schnelle, und treffsichere Entscheidung der anhängigen Asylverfahren beeinflussen oder gar verhindern darf. Wir müssen weiter mit Hochdruck daran arbeiten, das gesamte Asylverfahren schneller als in den aktuell drei Monaten abzuschließen. Das sind wir sowohl den Flüchtlingen, als auch den Menschen bei uns schuldig.

**Besuch bei der Kammerer Gewindetechnik GmbH in Hornberg**

Im Rahmen eines Unternehmensbesuchs bei der Firma Kammerer Gewindetechnik GmbH in Hornberg-Niederwasser diskutierte ich mit den beiden Geschäftsführern Achim und Peter Kammerer, die das seit 78 Jahren bestehende Unternehmen in dritter Generation führen, ihren Vätern Klaus und Wolfgang Kammerer und dem Ortsvorsteher von Niederwasser, Bernhard Dold, aktuelle wirtschaftspolitische Themen. Bei diesem Gespräch betonte ich die große Bedeutung der mittelständischen Familienunternehmen als Rückgrat der innovativsten und zukunftsfähigsten Wirtschaftsregion Baden-Württembergs außerhalb der Ballungszentren. Mit Blick auf die Herausforderungen des Fachkräftemangels in der Fläche, der fortschreitenden Digitalisierung und einer ständig steigenden Lebenserwartung müsse aus meiner Sicht ein gesellschaftliches Umdenken stattfinden. Die Unternehmen bräuchten die nötigen Rahmenbedingungen, um langfristig innovativ und zukunftsfähig zu bleiben und so gegen die Schwellenländer aus Fernost im globalen Wettbewerb zu bestehen. Hier ist die Politik gefordert, an den nötigen Stellschrauben zu drehen. Neue Konzepte wie die Flexi-Rente und zur Stärkung des Freihandels sowie eine tragfähige Lösung bei der Erbschaftssteuer waren darüber hinaus Themen des Gesprächs, das mit einem gemeinsamen Rundgang durch die beiden weitläufigen Produktionsstätten des Unternehmens seinen Abschluss fand.

**Brauerei Ketterer lädt in Hornberg zum Gespräch**

Die Ketterer Brauerei in Hornberg war das Ziel eines gemeinsamen Vor-Ort-Termins vom CDU-Stadtverbandsvorsitzenden Erich Fuhrer, einigen CDU Stadt- und Ortschaftsräten und mir, um bei einem Rundgang über das Betriebsgelände einen Blick hinter die Kulissen der in fünfter Generation erfolgreichen, auch überregional bekannten Familienbrauerei zu werfen und sich über aktuelle Themen im oberen Kinzigtal auszutauschen. Mich beeindruckten insbesondere die vorgestellten höchst flexiblen und zugleich innovativen Lösungsansätze des Unternehmens in allen Bereichen der Produktion. Zurecht wurde Ketterer mehrfach für ein Lebensmittels höchster Güte ausgezeichnet. Gleichzeitig bekräftigte ich die besondere Stellung der mittelständischen Familienunternehmen für die Identität und das Gesicht der touristisch und wirtschaftlich hochattraktiven Region. Außerdem mahnte

ich mit Blick auf die zunehmende Überreglementierung im Rahmen der Lebensmittelsicherheit, aber auch allgemeiner bürokratischer Hürden für kleinere und mittlere Familienunternehmen Augenmaß und Verständnis an. Eine restriktive Gesundheitspolitik mit angedachten Werbeverboten oder einer generellen Null-Promillegrenze im Alltag sind für mich kein Gesundheitsschutz für Kindern und Jugendliche, sondern vielmehr ein unverhältnismäßiger Eingriff in unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung.

**CDU Hausach diskutiert auf dem traditionellen Neujahrsempfang**

Gemeinsam mit dem CDU-Stadtverbandsvorsitzenden Werner Kadel, meiner Bundestagskollegin Kordula Kovac, langjährigen Parteimitgliedern und einigen interessierten Zuhörern analysierte ich beim traditionellen Neujahrsempfang der CDU Hausach im Restaurant Ratskeller die Ausgangslage für das Wahljahr 2017 entlang der aktuellen politische Lage. Zunächst ging ich näher auf den kürzlich erfolgten Vorstoß der Bundesregierung ein, die innere und äußere Sicherheit konsequent zu stärken. Diesbezüglich machte ich deutlich, dass wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine effiziente Gefahrenabwehr schaffen müssen. Dazu gehören für mich vor allem die Videoüberwachung im öffentlichen Raum, eine umfassende Nutzung gesicherter DNA-Datensätze zur Strafverfolgung, der Einsatz der elektronischen Fußfessel bei Gefährdern und die Stärkung und konsequentere Vernetzung der Sicherheitsbehörden. Nun gilt es, angesichts der großen Dynamik der Herausforderungen - allen voran die Migration aus Drittstaaten oder der zu erwartende Brexit - alle Kräfte zu bündeln und mit einem hervorragenden Wahlergebnis die Bestätigung für die erfolgreiche Politik der vergangenen Jahre zu suchen. Mit Blick auf ein 6-Parteien-Parlament muss ein sehr gutes Ergebnis für unsere CDU den Grundstein für weitere ausgeglichene Haushalte und hohe Investitionen in Bildung, Infrastruktur sowie Forschung und Entwicklung als Basis unseres künftigen Wohlstands legen.

**Thorsten Frei besucht Hornberger Pilotprojekt für Integration durch interkulturelle Kompetenzentwicklung**

Die Integration der anerkannten Migranten und der Flüchtlinge mit hoher Bleibeperspektive ist eine der zentralen Herausforderungen der Städte und Gemeinden in Deutschland in den kommenden Monaten und Jahren. In diesem Zusammenhang informierte ich mich beim Pilotprojekt "Neue Heimat Schwarzwald" der staatlich anerkannten, spanischen Weiterbildungsakademie Academia Española de Formación (AEF) in Hornberg, das vor Ort von Alfredo Sánchez und Carolina Castro getragen wird und sich auch um Migranten von der iberischen Halbinsel kümmert. Mit meinen Gastgebern analysierte ich in dem Gespräch die besondere Bedeutung der in Hornberg angebotenen Frauen- und Integrationskurse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge und mögliche Schwachstellen bzw. Verbesserungspotenziale, um mittel- und langfristig eine vollständige gesellschaftliche Teilhabe der Migranten zu erreichen. Im Ergebnis steht, dass vor allem das Problem der sprachlichen Hürden und der Analphabetismus vieler Kursteilnehmer in erheblichem Maße eine echte Integration erschwere. Es gilt nun, diese Herausforderungen offensiv anzugehen, zielorientiert mit Bundes- und Landesministerien, Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und Migrantenorganisationen zusammenzuarbeiten und mit Blick auf den demografischen Wandel und den zunehmenden Fachkräftemangel im ländlichen Raum funktionierende Konzepte bestmöglich zu unterstützen.

**Politik macht Schule - Besuch der Zinzendorfschulen in Königsfeld**

Anfang des Jahres 2017 besuchte ich den Gemeinschaftskundekurs von Thomas Kreihe an den Zinzendorfschulen Königsfeld. Mit den 17 Schülerinnen und Schülern diskutierte ich das gesamte Spektrum politischer Themen- beispielsweise zur inneren Sicherheit und der Entscheidung der Bundesregierung, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine präventive Terrorabwehr und eine personelle Aufstockung der Ermittlungsbehörden möglichst schnell schaffen zu wollen. Dabei beeindruckten mich meine Gastgeber mit fundiertem Hintergrundwissen und kritischen Anmerkungen. Gleichzeitig stellte ich mich den Fragen der Schüler zu Themen wie "Lobbyismus in Berlin", der zunehmende "Fachkräftemangel in der Fläche", zum weiter zunehmenden Akademisierungswahn, zu möglichen Auswirkungen eines 6-Parteien-Parlaments nach der Bundestagswahl sowie zur täglichen Arbeit als direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Schwarzwald-Baar/Oberes Kinzigtal.

**Neujahrsempfänge in Blumberg, Hüfingen und Furtwangen**

*Ausblick auf ein Jahr der Entscheidungen in Blumberg*

In Anwesenheit von Bürgermeister Markus Keller, Justizminister Guido Wolf MdL und Landrat Sven Hinterseh erinnerte ich kurz an die hervorragenden Rahmenbedingungen in Bund, Land und unmittelbar vor Ort. Als Beleg durften die derzeitigen Rekordsteuereinnahmen und die weltweit höchsten privaten und staatlichen Investitionen in Innovation, Bildung und Forschung sowie Infrastruktur herhalten. Dies in Summe ist Ausdruck einer generationengerechten Politik, deren Auswirkungen unmittelbar bis tief ins Wutach-Tal hineinwirken. Auf diesen Lorbeeren dürfen wir uns aber keineswegs ausruhen, stehen diese Erfolge in allen Bereichen oft im Gegensatz zum subjektiven Empfinden der Menschen. Unsicherheit, ein möglicher Verlust der eigenen Identität und Zukunftsangst prägen das Denken von vielen Menschen in Deutschland. Die wesentliche Herausforderung für das Jahr 2017 wird sein, konsequent den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, beste Voraussetzungen in Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur zu schaffen, die Zukunft aktiv zu gestalten und Ängste durch Teilhabe abzubauen.

*Neujahrsempfang der Stadt Furtwangen und der Sparkasse Schwarzwald-Baar*

Beim gemeinsamen Neujahrsempfang der Stadt Furtwangen und der Sparkasse Schwarzwald-Baar thematisierte ich die reale Bedrohung durch islamistisch motivierten Terror, verwies auf die gewaltigen Herausforderungen durch die etwa 1,2 Millionen Asylbewerber der Jahre 2015 und 2016 und analysierte notwendige Antworten von Staat und Gesellschaft zur Stärkung der inneren Sicherheit. Dank konzertierter Maßnahmen der Bundesregierung, diesen Zustrom zielgerichtet zu ordnen, effizient zu steuern und vor allem nachhaltig zu begrenzen ist es gelungen, den Zustrom im vergangenen bei 280.000 neuen Asylanträgen zu begrenzen. Damit haben die von uns ergriffenen Maßnahmen ihre Wirkung deutlich gezeigt. Nun gilt es, klar zu unterscheiden, wer aufgrund seiner nachgewiesenen Schutzbedürftigkeit eine Bleibeperspektive hat und schnellstmöglich alle Maßnahmen einer funktionierenden Integration erhalten muss, und wer aufgrund einer rechtskräftigen rechtsstaatlichen Entscheidung möglichst schnell in sein Herkunftsland - ob freiwillig oder nicht - rückzuführen ist.

*Kommunen stark aufgestellt: Neujahrsempfang Hüfingen*

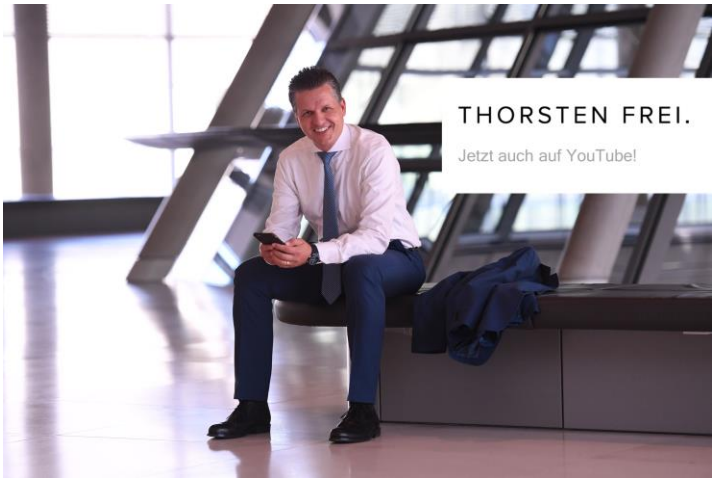
Beim Neujahrsempfang der Stadt Hüfingen betonte ich die besondere Bedeutung zielgerichteter kommu-

naler Politik und nachhaltiger Investitionen in die Infrastruktur vor Ort. Wir brauchen eine inklusive Politik auf allen politischen Ebenen und den Mut, eigene Interessen klar zu formulieren und mit Nachdruck durchzusetzen. Wie dies besonders gut funktioniert, kann man beispielhaft in Hüfingen sehen. Ich verwies auf die zahlreichen Projekte in der Kernstadt und den fünf Ortsteilen in den letzten Jahren und das gute wirtschaftliche Fundament der Stadt.

**Sicherheit als Voraussetzung für Entwicklung - Vortrag an der Hochschule Furtwangen zur Lage in Afghanistan und Pakistan**

Im Rahmen des Sicherheitsdialogs "Security & Safety International" der Fakultät "Security & Safety Engineering" an der Hochschule Furtwangen sprach ich in der vollbesetzten Aula vor Studenten, Professoren und externen Gästen der Hochschule zur Bedeutung von Sicherheit als Voraussetzung für die Entwicklung eines Landes an den Beispielen Afghanistan und Pakistan. In meiner Funktion als Obmann im Unterausschuss Zivile Krisenprävention und Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuss für Afghanistan, Pakistan und das benachbarte Indien betonte ich die enormen Herausforderungen im Umgang mit fragilen Staaten, über Ländergrenzen hinweg wirkenden Terrorismus und nachbarschaftlichen Streitigkeiten. Im Vordergrund steht deshalb weiter die konzertierte Bekämpfung verschiedenster Fluchtursachen, um die Überforderung einzelner Staaten durch unkontrollierte Migration zu vermeiden. Krieg und Armut stehen beispielsweise in Afrika in einem engen Zusammenhang. Wir müssen den Kontinent in die Lage versetzen, den Menschen ausreichend Arbeit, Nahrung und Wohnraum zur Verfügung zu stellen, sonst ist und bleibt das der beste Nährboden für einen global agierenden Terrorismus. In Afghanistan hängt der Erfolg der langjährigen Stabilisierungsmission von einer intensiven Analyse der Konfliktsituation und -parteien, von den historischen und kulturellen Rahmenbedingungen und den gesellschaftlichen Akteuren ab. Hier ist vor allem die internationale Staatengemeinschaft in der Pflicht, Korruption, Waffen- und Drogenschmuggel wirksam zu bekämpfen. Besondere Bedeutung kommt aber einem gesellschaftlichen Wandel in der überwiegend jungen Bevölkerung - 75% sind unter 25 Jahre alt - zu, die die Möglichkeiten zu mehr Teilhabe und Selbstbestimmung mit großer Begeisterung aufnehmen. Gerade deshalb bin ich der Meinung, dürfen junge Afghanen ihrem Land trotz aktueller Diskussion über Sicherheitsbedenken bei Rückführungen nicht dauerhaft den Rücken kehren.

**Besuchen Sie meinen Kanal bei YouTube!**




TF.

**Bundestagsbüro**

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

**Wahlkreisbüro**

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de
Internet: www.thorsten-frei.de
facebook: www.facebook.de/ThorstenFreiCDU
YouTube-Kanal: Thorsten Frei